
Newsletter Februar 2017

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 4
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 9
Neu in der Bibliothek.....	S. 12
Am rechten Rand.....	S. 13
Bildnachweise und Impressum.....	S. 15

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**

Die rechtsextreme Partei NPD wird nicht verboten. Der Antrag der Bundesländer auf ein Parteiverbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands wurde mit Urteil vom 17. Januar 2017 abgelehnt. Ein erster Anlauf für ein solches Verbot war bereits im Jahr 2003 gescheitert, dieses Mal aber aus anderen Gründen. In der Begründung des Bundesverfassungsgerichts wurde der NPD eine verfassungsfeindliche Haltung attestiert. „Das politische Konzept der NPD ist auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet.“ Des Weiteren wird der NPD eine „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ zugeschrieben.

Ein Parteiverbot wurde aber mit der Begründung, dass die NPD momentan nicht in der politischen Lage sei, ihre verfassungswidrigen Ziele umzusetzen, abgelehnt.

Mit Blick auf die gesamte Bundesrepublik mag es zutreffend sein, dass die NPD derzeit nur noch wenig politischen Einfluss in Parlamenten ausüben könne. Zu gering sind dazu ihre derzeitigen Wahlerfolge. „Die Möglichkeit, in absehbarer Zukunft seine Ziele erreichen zu können, war bisher sowohl für Partei- als auch für Vereinsverbote nicht ausschlaggebend“, betont jedoch Gideon Botsch, Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle Antisemitismus am Moses Mendelssohn-Zentrum in Potsdam in einem Interview mit ZEIT online. Er wertet daher das Urteil als einen Bruch mit der bisherigen Rechtstradition in der Bundesrepublik.

Nun sei es in Zukunft möglich, „nationalsozialistische Propaganda im Schutz des Parteienprivi-

legs offen zu betreiben, solange man es vermeidet, gegen Straftatbestände zu verstoßen“, befürchtet der Politikwissenschaftler.

Umso wichtiger scheint es nun, die Strukturen der NPD im Blick zu behalten, welche nach wie vor in einigen Regionen eine wichtige Rolle für die rechten Szenen bilden. Es gibt viele gute Gründe für ein Verbot – aber auch etliche gute dagegen. Aber wichtig ist nun, die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit den Inhalten der Partei NPD wieder in den Vordergrund rücken, nachdem jahrelang das Verbotverfahren im Mittelpunkt stand.

Mehr denn je gilt es jetzt, sich mit den Inhalten der ältesten extrem rechten Partei in der Bundesrepublik auseinanderzusetzen und solidarisch mit denen zu sein, die von ihren Aktivitäten betroffen sind. Dazu gehören auch die Opfer der NSU-Anschläge. Der Unterstützerkreis und das Umfeld des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ waren eng mit der NPD verweben.

Die Erfahrungen der Opfer weiter in den Vordergrund zu rücken und migrantische Perspektiven auf den NSU stärker wahrzunehmen, wäre dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Möglichkeiten hierzu gibt es beispielsweise bei einer Veranstaltung am 16. Februar 2017 im NS-DOK (S. 3).

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs



Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“

**Führung, Donnerstag, 2. Februar 2017, 18.30 Uhr, EL-DE-Haus
und Samstag, 4. Februar 2017, 14 Uhr, EL-DE-Haus**

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im NS.

Führungen mit Oliver Meißner

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro (2. Februar ist Kölntag: freier Eintritt für alle Bürger/innen mit Wohnsitz in Köln.)

Führungsgebühr: fällt nicht an

Kopf hoch, Johannes!

Film, Dienstag, 7. Februar 2017, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Der 15-jährige Johannes, im Ausland erzogen, versteht sich nicht mit seinem strengen – in Deutschland lebenden – Vater. Am liebsten würde er Deutschland wieder ver-

lassen. Auch in der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt hat er Eingliederungsschwierigkeiten, ihm droht der Verweis. Am Ende des Films ist Johannes das „Vorbild“ eines politisch überzeugten und militärisch versierten Hitlerjugenden.

Mit dem Spielfilm machte Propagandaminister Goebbels den politischen Jugendfilm wieder zum Thema. „Kopf hoch, Johannes!“ gehört wegen der propagandistischen Botschaften zu den NS-Vorbehaltsfilmen.

Spielfilm, D 1941, 78 Min.,

Regie: Viktor de Kowa

Mit einer Einführung zum Film und Analyse der Propaganda

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Kino und Filmkultur e.V.

Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Jugend im Gleichschritt!? Die Hitlerjugend zwischen Anspruch und Wirklichkeit“

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Jugend im Gleichschritt!?

Führung, Sonntag, 12. Februar 2017, 15 Uhr, EL-DE-Haus

Zwischen 1933 und 1945 war die Hitlerjugend die mitgliederstärkste Organisation im NS-Staat. Als das „Volk von morgen“ standen die Jugendlichen im Fokus der NS-Politik. Das öffentliche Bild von der Hitlerjugend als allmächtige Institution, der man sich als Jugendlicher nicht zu entziehen vermochte, ist bis heute geprägt von den Propagandaufnahmen der Nationalsozialisten.

So gleichförmig „ausgerichtet“, wie es diese Bilder glauben machen wollen, war die Hitlerjugend jedoch nicht. Sie war vielmehr gekennzeichnet von unterschiedlichen Lebenswelten, in denen die Jugendlichen aufwuchsen. Es bedeutete einen großen Unterschied, ob man in der Stadt oder auf dem Land aufwuchs, aus dem Bürgertum oder der Arbeiterschaft stamm-

te. Auch die drei Erziehungsinstanzen Familie, Schule und Kirche hatten einen großen Einfluss. Mit ihnen stand die Hitlerjugend in ständiger Konkurrenz bei dem Versuch, ihren Totalitätsanspruch in der Erziehung der Jugend durchzusetzen.

Öffentliche Führung durch die Sonderausstellung mit Fabian Reeker

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Führungsgebühr: fällt nicht an



**„Die haben gedacht, wir waren das“
MigrantInnen über NSU, rechten Terror und Rassismus
Lesung und Diskussion, Donnerstag, 16. Februar 2017, 19 Uhr, EL-DE-Haus**



Welche Spuren hinterlassen Rassismus und rechte Gewalt in der migrantischen Community? Wie hat es sich auf die Opfer des rassistisch motivierten Nagelbombenschlags in der Kölner Keupstraße ausgewirkt, dass sie selbst dieser Tat verdächtigt wurden? Zu den Vorwürfen der Ermittler gehörten: Streit unter

türkischen Geschäftsleuten, Verbindungen zum Rotlichtmilieu, dem Drogenhandel und zur Türsteher Szene. Zum NSU-Komplex sind inzwischen zahlreiche Publikationen erschienen, die Sichtweise der Betroffenen hat dabei bisher wenig Raum bekommen.

In dem Ende 2016 veröffentlichten Buch „Die haben gedacht, wir waren das“ beziehen Opfer und ihre Angehörigen, Persönlichkeiten aus

Publizistik, Wissenschaft und Politik, Stellung. Die Autor/innen geben ihre Erfahrungen wieder, beleuchten die Auswirkungen des NSU-Terrors sowie der um sich greifenden rassistischen Gewalt und schildern, wie das auf sie wirkt und was sie dabei bewegt.

Mit: Kemal Bozay, Orhan Mangitay, Funda Özfirat, Kutlu Yurtseven und Ayca Tolun

Moderation: Fatih Çevikkollu

Die Veranstaltung ist Teil einer Interventionsreihe des Tribunals ‚NSU-Komplex auflösen‘, das vom 17.-21. Mai 2017 in Köln stattfinden wird. Betroffene und Antirassist_innen klagen dort Täter_innen im NSU-Komplex an, benennen strukturellen Rassismus und verweisen auf eine offene Migrationsgesellschaft als Vorbedingung für das gute Leben Aller. nsu-tribunal.de

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

**Rund um den Rathenauplatz
Rundgang, Sonntag, 19. Februar 2017, 15 Uhr, Köln-Innenstadt**

Wir entdecken mit Aaron Knapstein das jüdische Köln rund um den Rathenauplatz: die beeindruckende Synagoge der orthodoxen Gemeinde und viele heute unsichtbare Stätten der ehemals reichhaltigen jüdischen Geschichte Kölns.

Gregor Aaron Knapstein ist Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums. Sein Schwerpunkt ist die Recherche von sogenannten „Stillen Helden“ – nichtjüdischen Kölnerin-

nen und Kölnern, die Juden während der NS-Zeit unterstützt und gerettet haben.

Treffpunkt: Vor der Synagoge Roonstraße

Gebühr: 8 Euro

Anmeldung bis 14.02.2017 unter:
http://www.museenkoeln.de/portal/kurs_buchungen.aspx?termin=20858&inst=14



**Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“
Führung, Donnerstag, 2. März 2017, 18.30 Uhr, EL-DE-Haus**

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im NS.

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Führungsgebühr: fällt nicht an



Erzählcafe mit Peter Finkelgruen

Gespräch, Donnerstag, 2. Februar 2017, 15 Uhr, Köln-Innenstadt



Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. lädt ein: „Peter Finkelgruen wurde 1942 als Kind einer jüdischen Flüchtlingsfamilie in Shanghai geboren. 1943 wurde der Stadtteil Hongkew von den japanischen Besatzern zum Ghetto für sogenannte staatenlose Flüchtlinge erklärt. Die Lebensbedingungen im Shanghaier Ghetto waren desaströs, es herrschten massive Überbelegung, Hunger und katastrophale

hygienische Zustände. Peter Finkelgruens Vater starb noch im selben Jahr.

Nach der Befreiung Shanghais kehrte Peter Finkelgruen mit seiner Mutter nach Prag zurück. Dort lebte seine Großmutter Anna Bartl, die seinen Großvater Martin Finkelgruen in der gemeinsamen Wohnung vor den Nazis versteckt hatte. Sie wurde denunziert, deportiert und überlebte die Konzentrationslager Ravensbrück, Auschwitz und Majdanek. Martin Finkelgruen wurde infolge der Denunziation im Ge-

stapo-Gefängnis Kleine Festung Theresienstadt ermordet.

Peter Finkelgruen arbeitete nach seinem Studium u.a. als Rundfunkredakteur bei der Deutschen Welle. Erst nach vielen Jahren erfuhr er Näheres über die Umstände der Ermordung seines Großvaters. Daraufhin versuchte er unermüdlich, dessen Mörder vor einem deutschen Gericht zur Anklage zu bringen. Seine damit verbundenen Erfahrungen dokumentierte er in den Büchern ‚Haus Deutschland. Die Geschichte eines ungesühnten Mordes‘ und ‚Erkönigs Reich. Die Geschichte einer Täuschung‘.

Das Kölner Erzählcafé findet mehrmals im Jahr statt und steht Schulklassen, Jugendgruppen und anderen Interessierten offen.

Ort: Residenz am Dom,
An den Dominikanern 6-8, 50668 Köln

Anmeldung unter: info@nsberatung.de

Eintritt: frei

Rechtsterrorismus: Entwicklung und Ideologie

Tagung, Freitag, 3. Februar 2017, 14 Uhr, Düsseldorf

Die Fraktion der GRÜNEN im Landtag NRW lädt ein: „Bis zur Selbstenttarnung des rechtsextremen ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ (NSU) vor fünf Jahren wurde die Existenz rechtsterroristischer Gruppen von Seiten der Sicherheitsbehörden in der Regel bestritten. Rechtsextreme Gewalttaten wurden als singuläre Ereignisse gewertet. Dass Personen aus der rechtsextremen Szene mit einer zielgerichteten Strategie der Gewaltanwendung versuchen würden, Angst unter Menschen mit Migrationsgeschichte zu verbreiten, war kaum vorstellbar.

Doch auch vor dem Bekanntwerden des NSU wusste man von ideologischen Grundlagen des Rechtsterrorismus. Die rechtsextreme Szene in Deutschland diskutierte rechtsterroristische Strategien in den 1990er-Jahren. Zur gleichen Zeit gründeten sich auf Gewalt abzielende Gruppen wie Blood & Honour und eben auch der NSU.

Diese Entwicklung rechtsextremer Radikalisierung muss aus unserer Sicht auch vor dem Hintergrund der politischen Debatten um die Themen Migration und Flucht betrachtet werden. Auch heute ist eine Gleichzeitigkeit von Migrationsdebatten und massiv zunehmender

rassistischer Gewalt zu beobachten. Der Aufbau neuer rechtsterroristischer Gruppen kann zurzeit nicht ausgeschlossen werden.

In unserer Veranstaltung wollen wir über die ideologischen Grundlagen des Rechtsterrorismus, seiner Entwicklung in Deutschland sowie über seinen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Debatten über Minoritäten diskutieren.“

Mit: Verena Schäffer, MdL; Prof. Dr. Fabian Virchow, HS Düsseldorf/FORENA; Anne Broden, Kölnische Gesellschaft; Dr. Karsten Wilke, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold; Irene Mihalil, MdB, innenpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion; Heiko Hausmann, LKA NRW und Danilo Starosta, Kulturbüro Sachsen

Ort: Im Landtag NRW (Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf), Raum E3 A02

Anmeldung unter:
hasret.karacuban@landtag.nrw.de

Eintritt: frei



Musik als Waffe. Das politische Lied während der Weimarer Republik und der NS-Zeit

Vortrag, Sonntag, 5. Februar 2017, 15 Uhr, Tietz-Rödingen

LVR-Kulturhaus Landsynagoge Rödingen lädt ein: „Wie klangen NS-Kopien sozialistischer Arbeiterlieder? Was war ein typisches ‚Durchhalte-Lied‘ während des Krieges?“

Ein heute kaum noch bekanntes, aber hochinteressantes Thema wird hier anhand von zahlreichen Tonbeispielen im Rahmen eines Vortrages dargestellt: die Entwicklung des Kampfliedes und politisch motivierter Musik in der Weimarer Republik und während des Dritten Reiches. Mit der Schallplatte als einem der ersten modernen Massenmedien haben sich hier teils einzigartige historische Dokumente erhalten.

Mit Hilfe von Original-Tonträgern aus der Zeit vor 1945 wird dieses Kapitel der Geschichte erzählt und durch den unmittelbaren Eindruck der Musik hörbar und erlebbar gemacht. Die dort ‚eingefrorene‘ Musik jener Epoche zeigt eindrücklich ihre emotionale Wirkung auf den Hörer und den Gebrauch der Kunst als Kampfmittel in der täglichen politischen Agitation.

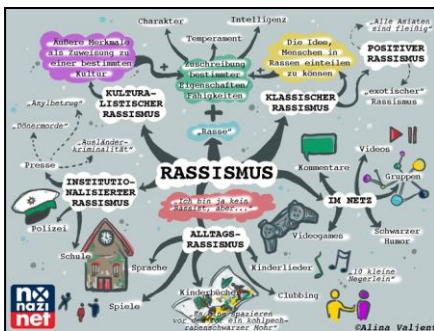


Der Referent, Michael M. Lang, ist seit 1998 als Strafverteidiger tätig und besitzt neben einem großen Archiv mit originalen Schellack-Schallplatten viele hundert Stunden O-Töne. Er interessiert sich schon seit mehr als 30 Jahren für politische Musik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und arbeitet u.a. mit dem Deutschen Rundfunk-Archiv zusammen.“

Ort: Mühlenend 1, 52445 Tietz-Rödingen

Eintritt 3,- Euro (inkl. Besichtigung der Gebäude und der Dauerausstellung)

Rassismuskritische Kompetenz. Vom Umgang mit Vorurteilen und Rassismus Workshop, Donnerstag, 9. Februar 2017, 18 Uhr, Melanchthon-Akademie



Die Melanchthon-Akademie und das Forum Willkommenskultur laden ein: „Rassismus gilt im Alltagsverständnis als Erscheinung, die eher dem rechtspopulistischen Teil der Gesellschaft zugeschrieben wird. Wenn wir nach ‚Rezepten‘ für den Umgang mit den Betroffenen fragen, sollten wir dabei aber auch die eigenen unbewussten Rassismen ansprechen. Es geht darum, zu erkennen: Was ist diskriminierend oder rassistisch? Wo und in welcher Form begegnet uns Rassismus in unserem Alltag? Was ist harmlos

und wo wird es gefährlich? Der Workshop für Haupt- und Ehrenamtliche in der Arbeit mit Flüchtlingen und in der Sozialarbeit soll einen geschützten Rahmen dafür bieten, sich selbstreflexiv und kritisch auch mit eigenen Ressentiments, Stereotypen und Vorurteilen auseinanderzusetzen und darauf aufbauend die eigene Handlungsfähigkeit und professionelle Haltung zu erweitern.“

Mit: Christine Müller, Lehrbeauftragte an der Katholischen Hochschule NRW

Anmeldung erforderlich unter: anmeldung@melanchthon-akademie.de

Ort: Kartäuser Wall 24b

Eintritt: frei

Am Rand und in der Mitte. Rechtspopulismus als Herausforderung für die evangelische Kirche

Diskussion, Freitag, 10. Februar 2017, 19 Uhr, Haus der Ev. Kirche Köln

Die Melancthon-Akademie lädt ein: „Die Populistische Parteien sind ein Produkt gesellschaftlicher Modernisierungskrisen. Solche Krisen treten auf in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels und führen oft zu einer wachsenden Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer. Politisch bedeutet das, dass immer mehr entweder zur Wahlenthaltung oder zum Protestwahlverhalten tendieren. Vertreter der ev. Kirche diskutieren mit Vertretern aus Gesellschaft und Politik über den wachsenden Rechtsruck und den wachsenden Rechtspopulismus in der deutschen Gesellschaft und darüber, wie die Ev. Kirche innerhalb ihrer Organisation mit rechtsgerichteten Gedanken umgeht.“

Mit:

Rolf Domning, Stadtsuperintendent der Ev. Kirche Köln und Region

Gerhart Baum, Bundesminister a D.
Dr. Ellen Überschär, Generalsekretärin des Deutschen Ev. Kirchentags
Hans Peter Killguss, ibs
Anne Broden, Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

Moderation: Joachim Frank, Chefredakteur des Kölner Stadt-Anzeigers

Ort: Haus der Ev. Kirche Köln und Region, Kartäusergasse 9-11

Eintritt: frei



Vielfalt schätzen – Rassismus ächten

Kampagnenauftakt, 13. Februar 2017, 17 Uhr, Volkshochschule Düsseldorf

Landesintegrationsrat



Der Landesintegrationsrat teilt mit: „Mit großer Aufmerksamkeit und Sorge beobachten wir, dass Straftaten gegen Unterkünfte von Asylbewerbern stark zugenommen haben. Laut NRW-Innenministerium haben sich diese Straftaten innerhalb eines Jahres verfünffacht. Auch der Rechtspopulismus hat momentan einen starken Zulauf. Immer mehr Menschen lassen sich von den Rechtspopulisten blenden. Insbesondere hat die AfD es geschafft, die Gesellschaft mit Ressentiments gegen alle Migrantinnen und Migranten stark zu polarisieren. Die Umfragen prognostizieren einen Stimmenanteil von 9 %-Punkten für AfD in Nordrhein-Westfalen.“

Laut NRW-Innenministerium haben sich diese Straftaten innerhalb eines Jahres verfünffacht. Auch der Rechtspopulismus hat momentan einen starken Zulauf. Immer mehr Menschen lassen sich von den Rechtspopulisten blenden. Insbesondere hat die AfD es geschafft, die Gesellschaft mit Ressentiments gegen alle Migrantinnen und Migranten stark zu polarisieren. Die Umfragen prognostizieren einen Stimmenanteil von 9 %-Punkten für AfD in Nordrhein-Westfalen.

Mit der Kampagne ‚Vielfalt schätzen – Rassismus ächten‘ möchten wir auf diese Herausforderung antworten. Die Wählerinnen und Wähler wollen wir im Rahmen unserer Kampagne über die Gefahr aller rechtspopulistischer Parteien und Gruppierungen in Nordrhein-Westfalen informieren und sie davon überzeugen, den rechten Parteien eine Absage zu erteilen.

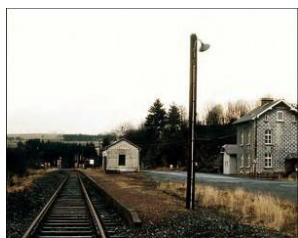
Die Mobilisierung der demokratischen Kräfte gegen Rassismus und Rechtspopulismus auf

kommunaler Ebene in NRW ist unsere wichtigste Aufgabe vor den Landtagswahlen im Mai diesen Jahres. Integrationsräte, unterstützt vom Landesintegrationsrat NRW, werden zahlreiche Veranstaltungen vor Ort durchführen. Wir fordern alle Menschen dazu auf, sich unseren Aktionen und Aktivitäten anzuschließen, um unsere Gesellschaft vor den Demagogen zu schützen.

Die Kampagne besteht aus drei Teilen: Europäische Städtekoalition gegen Rassismus, Informationsveranstaltungen zu den rechten Parteien im Wahlkampf NRW und die Studie ‚Rechte Parteien im Wahlkampf in NRW‘. Am 13. Februar wird diese Studie vorgestellt, die vom Landesintegrationsrat NRW in Auftrag gegeben und vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf erstellt wurde. Die Veranstaltung ist der Auftakt von einer Reihe von weiteren landesweiten Veranstaltungen, die der Landesintegrationsrat NRW und die kommunalen Integrationsräte im Februar und März 2017 durchführen werden. Der Landesintegrationsrat NRW will mit diesen Veranstaltungen die Wählerinnen und Wähler über die Gefahr der rechten Parteien für die Demokratie informieren.“

Nicht verzeichnete Fluchtbewegungen

Film, Donnerstag, 16. Februar 2017, 19 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache



Die VVN – BdA Köln lädt ein:
„In den Jahren 1938/39 fliehen in der West-Eifel viele jüdische Bürgerinnen und Bürger über die belgische Grenze aus Deutschland, das seit 1933 jeden Tag stärker ihre Rechte einschränkt und sich ideologisch wie praktisch auf die Ermordung der europäischen Juden vorbereitet. Ihnen halfen auf beiden Seiten der Grenze Menschen der Region. Die einen aus Nächstenliebe, die anderen gegen Geld. Wem die Flucht gelang, der glaubte sich in Sicherheit, und war es doch nur auf Zeit. Im Frühjahr 1940 besetzte die deutsche Wehrmacht auch Belgien.“

Der Film trägt zusammen, was sich heute noch erfahren lässt. Es ist eine Reise durch die Geschichte und die heutige Landschaft. Und er zeigt, dass die Rede vieler Deutscher, man

habe angesichts der Gewalt gegen die jüdischen Nachbarn nichts für sie tun können, eine Lüge ist.

Der Regisseur Dietrich Schubert, der selbst seit vielen Jahren in der Eifel lebt, hat sich auf Spurensuche begeben, suchte und fand Zeitzeugen, die damals, zumeist noch halbe Kinder, miterlebten, was geschah. Zitate aus Schriften Jean Amerys, der selber den Fluchtweg von der Eifel nach Belgien gegangen ist, geben der Dokumentation eine literarische Struktur.“

Nicht verzeichnete Fluchtbewegungen. Wie die Juden in der Westeifel in die Freiheit kamen, 1990, Farbe, 95 Minuten

Ort: Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, Filmraum

Eintritt: frei

Alles so schön bunt und vielfältig?!

Fachtagung, 1.-2. März 2017, Jugendakademie Walberberg, Bornheim

Die Jugendakademie Walberberg lädt Fachkräfte der außerschulischen Bildungsarbeit, Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen, Vertreter*innen der offenen Jugendarbeit, der Jugendpflege und Jugendförderung, Akteure der Jugendverbandsarbeit, Teilnehmende aus der Wissenschaft, Studierende und alle am Thema interessierten Menschen ein zu einer Fachtagung, die sich mit dem Diversitätsansatz für mehr Chancen- und Teilhabegerechtigkeit auseinandersetzt: *„Die pädagogische Praxis in Schule, Jugendarbeit und außerschulischer Jugendbildung ist mehr denn je von Vielfalt geprägt: Religion, Gender, Sprache, Hautfarbe, Kultur und Bildung beschreiben nur einen Teil der vorhandenen Differenzlinien. In der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen stellen sich somit unweigerlich Fragen nach der Herausbildung und Entwicklung von Identitäten und gesellschaftlichen Zugehörigkeiten, die auch Fragen nach Ausgrenzungen und Abwertungen umfassen.“*

Wir sind wir zunehmend mit (Mehrfach-)Diskriminierungen in unseren unterschiedlichen Arbeitskontexten konfrontiert. Es ist unsere Aufgabe, diese aufzugreifen und zu bearbeiten, eigenes diskriminierendes Verhalten zu reflektieren und vorhandenen strukturellen Diskriminierungen entgegenzuwirken. Eine diversitäts-

bewusste Haltung ermöglicht es, über die Erweiterung der Perspektive oder den Perspektivwechsel Exklusions-



gründe zu identifizieren und zu überwinden, um so zu Chancen- und Teilhabegerechtigkeit beitragen zu können und unterschiedliche Identitätszugehörigkeiten als Ressource zu würdigen

In der Fachtagung soll eine Brücke zwischen Theorie und Praxis geschlagen werden. Der diversitätsbewusste Ansatz soll kritisch-konstruktiv beleuchtet, die eigene Haltung kritisch hinterfragt und erweiterte Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden. Zudem gibt es die Möglichkeit, praktische Ansätze der diversitätsbewussten Arbeit kennenzulernen und sich zu vernetzen.“

Teilnahmebeitrag: 70 Euro, erm. 50 Euro (inkl. Unterkunft, Verpflegung, Programmkosten und Institutionsbeitrag)

Tagungsprogramm und weitere Infos:

www.jugendakademie.de/diversitaetsansatz/

Stadt Köln startet Anti-Rassismus-Kampagne

Vier neue Motive auf großformatigen Plakaten zum Thema Flucht und Migration



Mit einer Plakataktion setzt die Stadt Köln in den kommenden Wochen ein klares humanitäres Signal gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Mit einer Auswahl großformatiger Fotodrucke, die beginnend mit dem

Gebäude der Volkshochschule an der Cäcilienstraße ab sofort an exponierten öffentlichen Stellen in der Innenstadt aufgehängt werden, führt die Stadt Köln eine bereits 2015 in Leben gerufene Kampagne in aktualisierter und erweiterter Form fort. Die Portraits von Martin Lilkendey sind Teil des Projekts „where are we going“ und folgen einer Anfang 2015 erstmals ins Leben gerufenen stadtweiten Kampagne, die nun mit städtischer Unterstützung noch einmal aktualisiert und erweitert wurde.

Europa erlebt derzeit die größte Migrationsbewegung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Ursachen sind vielfältig. Gerade in den vergangenen beiden Jahren haben zahlreiche Menschen auch in Köln Zuflucht gesucht, leben heute in städtischen Unterkünften für Geflüchtete. Mit seinen Portraits gibt Martin Lilkendey Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen nach Deutschland geflohen sind und nun in Köln einer oft ungewissen persönlichen Zukunft entgegenblicken, ein Gesicht. Damit erhebt er das menschliche Individuum bewusst aus der

anonymen Menge all jener, die als Opfer von Krieg, Gewalt, wirtschaftlichem Elend oder politischen Repressionen gekommen sind und im aufgeheizten öffentlichen Diskurs zu den Themen Flucht, Migration und Asyl nur allzu leicht Ziel pauschalierender Vorurteile, fremdenfeindlicher Ressentiments und rassistischer Anfeindungen werden.

Mit seinem Projekt „where are we going?“, gibt der Fotograf Martin Lilkendey Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen nach Deutschland geflohen sind und nun in Köln einer oft ungewissen persönlichen Zukunft entgegenblicken, ein Gesicht.

„Diese Reihe von fotografischen Individualportraits soll Menschen, die vor etwas flüchten mussten, möglichst sachlich, aber auch persönlich so abbilden, wie sie sich dem Betrachter zeigen“, sagt der Fotograf Martin Lilkendey über den Sinn seiner Arbeit. „Man muss ihnen in die Augen schauen von Mensch zu Mensch und nicht als „Flüchtling“.“

Das von der Stadt Köln unterstützte Projekt hat zum Ziel, den vielfach von Angst, Unwissenheit oder populistischen Stereotypen befeuerten öffentlichen Diskurs zum Thema Flucht und Migration wieder auf die zentrale Frage zu fokussieren – den Wert des Menschen an sich. Mit dieser humanitären Grundaussage soll politischem Extremismus, gleich welcher Form, eine klare Absage erteilt werden – im Sinne einer rechtsstaatlich verankerten und pluralistisch orientierten demokratischen Werteordnung.

Bewusster Sprachgebrauch gegen Ausgrenzung und Diskriminierung

IDA-Arbeitshilfe aktualisiert

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit und die Neuen deutschen Medienmacher haben ihr Glossar mit Formulierungshilfen für einen diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch in der Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft erweitert. Neu ist nun ein Kapitel zu Sinti, Sintize, Romnja und Roma. Das Kapitel zu Flucht und Asyl wurde aktualisiert und erweitert. Zudem sind die Texte

nun in geschlechtergerechter Sprache verfasst. Gedacht ist die Veröffentlichung für den Einsatz in der Bildungsarbeit und in überarbeiteter Form für die Jugendarbeit, die Erwachsenenbildung sowie die Arbeit mit Migrant*innenorganisationen und mit Geflüchteten.

Die Publikation kann bestellt werden unter www.idaev.de/publikationen/reader/

Wortmeldung

Antirassistische Kampagne im Oberbergischen gegen Rassismus

Unser Oberberg ist bunt, nicht braun!
WORTMELDUNG

Die Menschheit steht vor großen - auch hausgemachten - Problemen. Um diese zu lösen brauchen wir den Mut und die Kreativität von allen Menschen und Kulturen. Nur gemeinsam und in respektvollem Miteinander wird uns das gelingen.

Ute Radermacher, Marienheide

Das Bündnis „Unser Oberberg ist bunt – nicht braun!“ teilt mit: „Im Wahljahr 2017 stehen wichtige Entscheidungen an – und nicht zuletzt die Erfahrung aus den USA hat gezeigt, dass die Wahlkämpfe erbittert sein können. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen verbreiten in sozialen Netzwerken und Nachrichtendiensten Hass und

Falschmeldungen. Sie versuchen so, Stimmung gegen Menschen mit nicht rein-deutscher Abstammung zu machen, gegen die Vielfalt der Lebensentwürfe zu hetzen, das Klima zu vergiften.

Dem wollen wir etwas entgegensetzen: Facebook und Twitter sollen nicht dem Hass, der Dummheit und der rechten Propaganda überlassen bleiben. Mit der Aktion WORTMELDUNG wollen wir ab dem 27. Januar 2017 jeden Tag ein neues Statement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, gegen Hass, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus veröffentlichen, und zwar auf unserer Homepage, auf unserer Facebook-Seite und unter unserem Twitter-Account. Das Einstellen der Texte ist kein allzu großer Aufwand, doch wir brauchen viele Texte (wenn wir die Aktion zunächst bis zur Landtagswahl durchziehen, sind es 108 Texte). Sie sollen die Vielfalt derer, die für Demokratie einstehen, widerspiegeln.“

www.oberberg-ist-bunt.org/Wortmeldung

Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus Neue Materialien für die pädagogische Arbeit

Das Webportal ufuq weist auf seine neuen Materialien für die pädagogische Arbeit zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus hin: „Auf unserem Webportal finden Sie das neue Videomodul mit Lernmaterialien zum Thema ‚Mit Witzen die Welt verändern? Comedy über Vorurteile, Diskriminierung und den ‘IS‘. In den Videos werden u.a. die Satiriker Jilet Ayse, Rebell Comedy und die Datteltäter vorgestellt.

Darüber hinaus können Sie auf der Webseite unsere Handreichungen ‚Protest, Provokation oder Propaganda? Handreichung zur Prävention salafistischer Ideologisierung in Schule und Jugendarbeit‘ und ‚Was postest Du? Politische

Bildung mit jungen Muslim_innen online. Hintergründe, Erfahrungen und Empfehlungen für die Praxis in sozialen Netzwerken und Klassenzimmern‘ kostenlos herunterladen.

Auf dem Webportal finden Sie auch weitere Anregungen und Hintergrundinformationen für die Bildungsarbeit sowie konkrete Angebote für Fortbildungen, Beratungen und Workshops.“

www.ufuq.de



Für ein respektvolles Zusammenleben Katholischer Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus



Die Deutsche Bischofskonferenz schreibt zum zweiten Mal einen Preis für herausragendes kirchliches Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aus: „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind mit dem katholischen Glauben nicht vereinbar. Die Deutsche Bischofskonferenz will das Engagement von Katholiken, die sich gegen diese menschenverachtenden Einstellungen

wenden bzw. für ein respektvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft eintreten, würdigen und ermutigen. Dazu soll der Preis beitragen.

Der Preis soll Personen, Gruppen oder Organisationen auszeichnen, die in Deutschland aus dem katholischen Glauben heraus im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus tätig sind oder sich prägend an ökumenischen oder gesellschaftlichen Initiativen beteiligen. Auch hauptamtlich bei der Kirche beschäftigte Personen können ausgezeichnet werden, wenn sie sich in besonderer Weise über das dienstlich geschuldete Maß hinaus engagieren.“

Die Bewerbungen bis zum 3. März 2017 an Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bereich Weltkirche und Migration, Kaiserstraße 161, 53113 Bonn oder per Mail an: weltkirche.migration@dbk.de

Weitere Informationen:

<http://www.dbk.de/katholischer-preis-gegen-fremdenfeindlichkeit-und-rassismus/ausschreibung/>

Schritt für Schritt zum Schulplatz Website und Film für Geflüchtete in verschiedenen Sprachen

Die Kölner Initiative „Schulplätze für alle“ teilt mit: „Ab dem 30. Januar bekommen Eltern, die aus dem Ausland eingewandert sind, Infos über das Prozedere der Beschulung in Köln per Filmclip mit Smartphone-App in ihrer Sprache. Die Kölner Initiative „Schulplätze für alle“ hat in Kooperation mit der TH Köln einen Film entwickelt, der Eltern über jeden einzelnen Schritt informiert, der zu einem Schulplatz in Köln führt. Anlass ist, dass viele geflüchtete Eltern und Eltern aus den neuen EU-Ländern keine genauen Kenntnisse darüber haben, wie ihre Kinder überhaupt in das deutsche Schulsystem einsteigen können. In den Flüchtlingswohnheimen sind die wenigen MitarbeiterInnen häufig überfordert, auch noch diese Beratung zu übernehmen. Der Film bietet einen guten Einblick, wie die Beschulung idealerweise laufen sollte.“

Die Homepage ergänzt die Darstellung, um Erfahrungen und Fragen von Eltern und möchte besonders geflüchteten und neu eingewanderten Eltern unterstützen, sich für die Bildung ihrer Kinder einzusetzen. Den Film und die Homepage haben wir in folgenden Sprachen produziert: Deutsch, Englisch, Französisch, Arabisch, Persisch, Bulgarisch, Serbokroatisch, Amharisch, Tigrinja, Türkisch und Kurdisch.“

www.schulplaetze-fuer-alle.de



Neu in der Bibliothek

Kulturkampf von rechts



Egal ob man von einer sozialen Bewegung von rechts, „rechten Wutbürgern“ oder von einem Rechtsruck spricht: Pegida, die Hetze im Netz oder vor allem die Wahlerfolge der AfD zeugen von tiefgreifenden Veränderungen in der politischen Kultur Deutschlands. Durch die Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik ist die Verbreitung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Mitte der Gesellschaft noch sichtbarer geworden. Diese Phänomene sind bereits in vielen Veröffentlichungen beschrieben worden. Der vorliegende Sammelband fügt der Debatte jedoch weitere interessante Facetten hinzu.

So verstehen die Herausgeber den Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern analysieren diesen im Zusammenhang mit den Krisenprozessen kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. So ist vor allem der erste Teil des Buches spannend, in der unter anderem der Zusammenhang zwischen den Anfängen des Ordoliberalismus und Argumentationsfiguren der „Konservativer Revolution“ aus ideengeschichtlicher Perspektive herausgearbeitet werden. Der „autoritäre Liberalismus“, so

die These, sei ein Schnittpunkt zwischen den dominanten Strömungen der Neuen Rechten und weiten Teilen der AfD.

Im zweiten Teil werden Akteure wie eben die AfD, die „Identitären“ oder das „Institut für Staatspolitik“ beschrieben, der dritte Abschnitt widmet sich den Themen im Kulturkampf von rechts. Dieser „Kampf“ wird als ein „geistiger Bürgerkrieg“ gesehen, der durch Überzeugung auf Gefolgschaft zielt.

Im vierten Teil werden schließlich Gegenstrategien aus verschiedenen kritischen Perspektiven beschrieben, wobei auch Kontroversen nicht ausgespart werden. Jeder Teil ist mit einer Einführung versehen, die bei der Einordnung hilft.

Dem DISS ist erneut eine Veröffentlichung gelungen, bei der sich ExpertInnen kenntnisreich ihren Themen widmen und trotz der Komplexität der Materie verständlich zu schreiben wissen. (kg)

Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrup (Hg.): AfD, Pegida und die Neue Rechte
Edition des DISS im Unrast Verlag,
Münster 2016
ISBN 978-3-89771-767-1
242 Seiten, 24 Euro

Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft

Am 17. Januar 2017 verkündete das Bundesverfassungsgericht, dass die NPD zwar eine verfassungsfeindliche Einstellung aufweise, aber nicht verboten werde, da sie zu schwach sei, um die Bundesrepublik wirklich abzuschaffen. „Ein katastrophales Urteil“, nennt das der Politikwissenschaftler Gideon Botsch, Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle Antisemitismus am Moses Mendelssohn-Zentrum in Potsdam und Autor des vorliegenden Bandes. Damit werde nationalsozialistische Propaganda ermöglicht. Er sieht die NPD als klar antidemokratisch.

Das wird auch in der aktuellen Veröffentlichung von Botsch dargelegt. So fordere die NPD ein „plebiszitäres Präsidialsystem“, das sich nicht mit der parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung der Bundesrepublik vereinbaren lässt, auch wenn es als „wahre Demokratie“ bezeichnet wird. Kernpunkt ist die Ablehnung

der pluralistischen Gesellschaft zu Gunsten einer Volksgemeinschaftsideologie, die ihre Herkunft aus dem Nationalsozialismus klar erkennen lässt. Dies belegt auch die lange Linie programmatischer Kontinuität in allen Phasen und allen Strömungen des deutschen Rechtsextremismus.



Das Buch beruht auf zwei Studien zum Thema „wahre Demokratie“ und „Volksgemeinschaft“ und bündelt diese als zentrale Motive rechtsextremer Ideologie und Programmatik. (kg/VS)

Gideon Botsch: Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechts extremen Umfelds
Springer VS Verlag, Wiesbaden 2017
ISBN 978-3-658-14959-8
126 Seiten, 29,99 Euro

Am rechten Rand



Neonazi-Demo in Köln: Nach Hogesa, Pegida und pro NRW wurde im Dezember nach langer Zeit wieder eine Demonstration aus der organisierten Neonazi-Szene in Köln angemeldet. Unter dem Motto „Keine Gewalt gegen Deutsche“ wurde am 14. Januar 2017 zum Ottoplatz in Deutz mobilisiert. Es erschienen etwa 90 TeilnehmerInnen – auch wenn die Veranstalter die Zahl 130 vermeldeten. Nach einem deutlich verspäteten Start legte die Demonstration etwa 500 Meter zurück, bevor sie aufgrund des Gegenprotests umdrehen musste. Bei den Organisatoren führte dies zu Selbstkritik und insbesondere zur Kritik an einigen Teilnehmern.

Angemeldet wurde die Versammlung von Jan Fartas, der seit langem in der Kölner Neonazi-Szene aktiv ist und der relativ neuen Gruppierung „Köln für deutschen Sozialismus“ angehört. Unterstützt wurde er von Paul Breuer, ehemaliges Mitglied der 2012 verbotenen „Kameradschaft Walter Spangenberg“ und angeklagt im andauernden Prozess gegen das Aktionsbüro Mittelrhein, wo ihm die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wird. Beide wurden jedoch von der Polizei nicht als Versammlungsleitung akzeptiert, sodass ein dritter Kölner Aktivist dies übernahm.

Aufhänger der Demonstration war die Diskussion um die sexualisierten Übergriffe in der Silvesternacht 2015. Um sie für die eigene Propaganda nutzen zu können, wurde diese in „Gewalt gegen Deutsche“ umgedeutet. In den Redebeiträgen spielte sexualisierte Gewalt jedoch keine Rolle, verhandelt wurden die „klassischen“ Themen der extremen Rechten.

Erster Redner war der Göttinger Mario Messerschmidt, der im vergangenen Jahr durch einen

geplanten Waffendeal mit dem Nordhessen Michel F. in die Schlagzeilen geraten war. Er hielt sich jedoch sehr kurz, da er seinen Zug noch erwischen müsse, wie erklärt wurde. Bei der Zwischenkundgebung ergriffen dann der ehemalige Dortmunder Feuerwehrchef Klaus Schäfer, Kevin Koch aus Wuppertal, Johannes Welge aus Hildesheim und Paul Breuer das Wort. Während Schäfer sichtlich nicht mit den neuen Informationen zur Kölner Silvesternacht klar kam und sie so zu deuten versuchte, dass sie in die rassistische Ideologie passten, was sie ziemlich wirr machte, sprach Paul Breuer Klartext: „Wir Nationalsozialisten werden unsere braunen Finger stets in die eiternden Beulen stecken, die dieses System hervorbringt.“

In ihrem Resümee zur Demonstration kritisierten die Veranstalter Teilnehmende der eigenen Veranstaltung: „Wer denkt, eine Nationale Demonstration wäre eine Spassveranstaltung, bei der man seine eigene Unzulänglichkeit durch stumpfe Parolen und disziplinloses Verhalten auszugleichen versucht, ist bei uns an der falschen Adresse.“ Gewohnt vollmundig kritisieren sie die Verkürzung des Aufzuges durch die Polizei, die dies mit nicht zu gewährleistender Sicherheit begründet hatte. Man solle sie „doch einfach alleine marschieren lassen“, dann würde „auch wieder bei den Roten Ordnung einkehren“. Da der Demozug allerdings brav zum Deutzer Bahnhof zurückkehrte, mussten die Anwesenden sich mit Gesängen wie „Wir putzen unsre Stiefel mit dem Blut der Antifa“ und „Wir schlagen den Roten die Schädeldecke ein“ begnügen. (he)



Antisemitismus in der AfD: Thomas Traeder, bis vor kurzem noch Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Kölner Stadtrat und kulturpolitischer Sprecher der Partei in NRW, hat seinen Austritt aus der AfD erklärt. Grund sei, dass es in der Partei „offenen Antisemitismus“ gebe. „Die offizielle Position der Alternative für Deutschland zum Judentum und zum Staat Israel ist die pure Heuchelei. Offiziell ist Antisemitismus in der AfD verpönt, intern weigert man sich jedoch,

gegen diesen vorzugehen und kehrt die Dinge lieber unter den Teppich“, so Traeder.

Immer wieder kommt es in der AfD zum Eklat: In seiner „Dresdner Rede“ hatte der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke am 17. Januar 2017 in Bezug auf das Denkmal für die ermordeten Juden Europas von einem „Denkmal der Schande“ gesprochen und die Erinnerungskultur nach 1945 als „dämliche Bewältigungspolitik“ bezeichnet. (kg)

Bürgerwehr mit anderem Namen: Die Kölner Polizei warnt vor einer Facebook-Gruppe, in der Personen Begleitschutz durch Köln angeboten wird. Nach Informationen des „Kölner Stadt-Anzeiger“, handelt es sich bei den Administratoren von „Begleitschutz In Köln“ wie auch bei einzelnen der insgesamt 7.500 „Mitglieder“, die sich in der Gruppe versammeln, um polizeibekannt Personen. Offenbar haben diese Personen einen rechtsextremen Hintergrund, der auch in der Gruppe deutlich wird. „Es gibt Beiträge, in denen gegen Flüchtlinge gehetzt wird oder Fake-News verbreitet werden und Kommentare, in denen mit Emoticons der Hitlergruß angedeutet wird“, so der Stadt-Anzeiger. Nach weiteren Angaben aus Polizeikreisen, gehören Teile der Gruppe zu einem Kreis rechter Schläger, die Anfang des vergangenen Jahres zur „Jagd auf Ausländer“ aufgerufen haben.

Nach den sexualisierten Übergriffen in der Silvesternacht 2015/16 hatten sich im Netz überall in Deutschland „Bürgerwehren“ gegründet – in Köln waren es allein mindestens sechs. In verschiedenen Facebook-Gruppen hatten sich Personen aus dem Türsteher-Hooligan-Kampfsport-Milieu verabredet, um durch Köln zu „spazieren“. Am 10. Januar 2016 waren dann mehrere Gruppen in der Domstadt unterwegs, die teilweise Menschen angriffen, die sie für „Ausländer“ hielten, oder die einfach Präsenz zeigen wollten (s. dazu ibs-Newsletter Februar 2016). (kg)



Bildnachweise:

- S.1: Jörn Neumann
- S.2: Freidrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung (M.), NS-DOK (u.)
- S. 3: Papyrossa Verlag (o.), Rheinisches Bildarchiv (M.), NS-DOK (u.)
- S. 4: privat (o.), Reclus/wikipedia (u.)
- S. 5: Michael M. Lang (o.), Alina Valjent/no-nazis.net (u.)
- S. 7: privat/Schauspiel Köln (o.), Frank Meyer (u.)
- S. 8: Dietrich Schubert (o.), Jugendakademie Walberberg (u.)
- S. 9: Stadt Köln
- S. 10: Unser Oberberg ist bunt! (o.), Screenshot ufuq (u.)
- S. 11: DBK (o.), Initiative Schulplätze für alle (u.)
- S. 12: unrast (o.), Springer VS (u.)
- S. 13: ibs
- S. 14: Screenshot Facebook

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de